

**Ausschuss für Kultur und Medien**  
**Kurzprotokoll**  
**63. Sitzung**

**Berlin, den 24.09.2008, 15:30 Uhr**  
**Sitzungsort: Paul-Löbe-Haus**  
**10557 Berlin, Konrad-Adenauer-Str.1**  
**Sitzungssaal: E.200**

**Vorsitz: Hans-Joachim Otto, MdB**

**TAGESORDNUNG:**

**Vor Eintritt in die Tagesordnung      S. 6**

**Tagesordnungspunkt 1                      S. 6**

Unterrichtung durch den Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien

Fortschreibung der Gedenkstättenkonzeption des Bundes  
Verantwortung wahrnehmen, Aufarbeitung verstärken, Gedenken vertiefen

BT-Drucksache 16/9875

**Tagesordnungspunkt 2                      S. 12**

Gesetzentwurf der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2009  
(Haushaltsgesetz 2009)

BT-Drucksache 16/9900  
Einzelplan 05 – Auswärtiges Amt  
Dr. Peter Ammon, Staatssekretär

**Tagesordnungspunkt 3                      S. 17**

Antrag der Abgeordneten Hüseyin-Kenan Aydin, Monika Knoche, Dr. Diether Dehm, weiterer  
Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.

Entwicklung braucht Bildung - Den deutschen Beitrag erhöhen

BT-Drucksache 16/8812

**Tagesordnungspunkt 4a** **S. 17**

Unterrichtung durch die Bundesregierung

Tätigkeitsberichte 2006/2007 der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen gemäß § 121 Abs. 1 des Telekommunikationsgesetzes und § 47 Abs. 1 des Postgesetzes

und

Sondergutachten der Monopolkommission gemäß § 121 Abs. 2 des Telekommunikationsgesetzes und gemäß § 44 Abs. 1 des Postgesetzes i. V. m. § 81 Abs. 3 des Telekommunikationsgesetzes a. F.

BT-Drucksache 16/7700

**Tagesordnungspunkt 4b** **S. 17**

Unterrichtung durch die Bundesregierung

Tätigkeitsbericht 2005 bis 2007 der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen

und

Stellungnahme der Bundesregierung

BT-Drucksache 16/9000

**Tagesordnungspunkt 4c** **S. 17**

Unterrichtung durch die Bundesregierung

Tätigkeitsberichte 2006/2007 der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen gemäß § 121 Abs. 1 des Telekommunikationsgesetzes und § 47 Abs. 1 des Postgesetzes

und

Sondergutachten der Monopolkommission gemäß § 121 Abs. 2 des Telekommunikationsgesetzes und gemäß § 44 Abs. 1 des Postgesetzes i. V. m. § 81 Abs. 3 des Telekommunikationsgesetzes a. F.

-Drucksache 16/7700-

Stellungnahme der Bundesregierung

BT-Drucksache 16/10146

**Tagesordnungspunkt 5** **S. 18**

Entschließung des Europäischen Parlaments

Lage in Tibet

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 10. April 2008 zu Tibet

(EuB-EP 1690)

**Tagesordnungspunkt 6** **S. 18**

Antrag der Fraktion CDU/CSU, SPD, FPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

EU-Übersetzungsstrategie überarbeiten – Nationalen Parlamenten die umfassende Mitwirkung in EU-Angelegenheiten ermöglichen

BT-Drucksache 16/9596

**Tagesordnungspunkt 7** **S. 18**

Zur Überweisung an den UA Neue Medien

**Tagesordnungspunkt 7a** **S. 18**

Antrag der Abgeordneten Grietje Bettin, Dr. Harald Terpe, Ekin Deligöz, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Medienabhängigkeit bekämpfen - Medienkompetenz stärken

BT-Drucksache 16/7836

**Tagesordnungspunkt 7b** **S. 18**

Bericht gem. § 56a GO-BT des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Technikfolgenabschätzung (TA)  
Mediennutzung und eLearning in Schulen  
Sachstandsbericht zum Monitoring "eLearning"

BT-Drucksache 16/9527

**Tagesordnungspunkt 7c** **S. 19**

Bericht gem. § 56a GO-BT des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Technikfolgenabschätzung (TA)  
Zielgruppenorientiertes eLearning für Kinder und ältere Menschen  
Sachstandsbericht zum Monitoring "eLearning"

BT-Drucksache 16/9528

**Tagesordnungspunkt 8** **S. 19**

Verschiedenes

**Anwesenheitsliste\***

**Mitglieder des Ausschusses**

Ordentliche Mitglieder des Ausschusses

Stellv. Mitglieder des Ausschusses

**CDU/CSU**

Bär, Dorothee  
Börnsen (Bönstrup), Wolfgang  
Connemann, Gitta  
Grütters, Monika

Eisel, Stephan, Dr.

**SPD**

Ehrmann, Siegmund  
Griefahn, Monika  
Krüger-Leißner, Angelika  
Pries, Christoph  
Reiche, Steffen  
Tauss, Jörg  
Thierse, Wolfgang, Dr. h.c.

**FDP**

Otto, Hans-Joachim  
Waitz, Christoph

**DIE LINKE.**

Jochimsen, Lukrezia, Dr.

**B90/GRUENE**

Göring-Eckardt, Katrin  
Kurth, Undine

Eid, Uschi, Dr.

---

\*) Der Urschrift des Protokolls ist die Liste der Unterschriften beigelegt.

**Bundesregierung**

Schikorski	AA
Aver	AA
Duppel	AA
Kobsa	AA
Schmidt	BMVBS
Gehrke	BKM
Köhr	BKM
Schmitt-Hüttebräuker	BKM
Wagner	BKM
Wemmel	BKM
Ammon	AA
Kobler	AA

**Bundesrat**

Hockling	LV Baden-Württemberg
Krämer	LV Mecklenburg-Vorpommern
Dietzen	LV Thüringen

**Fraktionen und Gruppen**

Wettengel	CDU/CSU
Leberl	CDU/CSU
Göllnitz	FDP
Enger	SPD
Mühlberg	DIE LINKE.
Friebel	SPD
Kannapin	DIE LINKE.
Lintzel	B 90/Grüne

## **Vor Eintritt in die Tagesordnung**

**Der Vorsitzende** informiert zunächst über die Vorschläge der Obleute für den Ablauf der Sitzung. Demnach sollen die Tagesordnungspunkte 3 bis 7 ohne Aussprache erledigt werden.

**Gegen diese Vorgehensweise wird kein Widerspruch erhoben.**

Der Ausschuss hat zudem die Nachfolge für den verstorbenen Abg. Johann-Henrich Krummacher zu bestimmen, der das Gremium in der Vorauswahljury für den Deutschen Filmpreis in der Kategorie Spielfilm vertreten hat. Der Vorsitzende erläutert, dass die CDU/CSU-Fraktion vorschläge, Abg. Dorothee Bär mit dieser Aufgabe zu betrauen, deren auf diese Weise freiwerdenden Platz in der Jury für Kinder- und Jugendfilme übernehme Abg. Marco Wanderwitz.

**Der Ausschuss stimmt einvernehmlich zu.**

## **Tagesordnungspunkt 1**

Unterrichtung durch den Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien

Fortschreibung der Gedenkstättenkonzeption des Bundes  
Verantwortung wahrnehmen, Aufarbeitung verstärken, Gedenken vertiefen

BT-Drucksache 16/9875

**Der Vorsitzende** skizziert einleitend den zurückliegenden Beratungsprozess. Er erinnert daran, dass der Ausschuss im Juli 2007 einen ersten Entwurf für die überarbeitete Gedenkstättenkonzeption beraten habe und auf dieser Grundlage am 7. November 2007 zwei Anhörungen mit insgesamt 18 Sachverständigen stattfanden. Vor der Sommerpause 2008 habe der Ausschuss schließlich die überarbeitete Fassung diskutiert und werde heute diesen langen, intensiven Diskussionsprozess abschließen. Dazu liege die von vier Fraktionen gemeinsam erarbeitete EntschlieÙung auf Ausschussdrucksache 16(22)155 vor. Voraussichtlich werde bereits im Oktober die abschließende Beratung im Plenum des Deutschen Bundestages stattfinden.

**Staatsminister Bernd Neumann (BKM)** betont, angesichts der Bedeutung des Themas sei es richtig, sich ausführlich damit zu befassen. Er habe bewusst in einem ersten Schritt im Sommer 2007 einen Diskussionsentwurf zur Verfügung gestellt, auf dessen Grundlage der Ausschuss Expertinnen und Experten zu Rate gezogen habe. Die Ergebnisse dieser Hearings seien aufgearbeitet und größtenteils aufgenommen worden, so dass nunmehr ein wesentlich verändertes Konzept vorliege.

Nach der Wiedervereinigung sei mit Blick auf die veränderten Bedingungen eine erste Gedenkstättenkonzeption erarbeitet worden, die 1993 zur Aufnahme von elf Gedenkstätten zur Erinnerung an die NS-Terrorherrschaft und die SED-Diktatur in die institutionelle Förderung des Bundes geführt habe. 1999 habe die Bundesregierung diese Konzeption systematisiert und habe weitere Einrichtungen aufgenommen. Dieses Konzept habe die Ausgangslage für die jetzt aktuelle Diskussion gebildet. Da der damalige Entwurf bereits richtig angelegt gewesen sei, habe der Auftrag gelautet, die Gedenkstätten-

konzeption mit dem Ziel der angemessenen Berücksichtigung der beiden Diktaturen in Deutschland fortzuschreiben, wie es im Koalitionsvertrag formuliert worden sei. Insofern habe sich die Zielrichtung nicht geändert, sondern handele es sich lediglich um eine Weiterentwicklung vor dem Hintergrund zehnjähriger Erfahrung.

Mit dem Entwurf komme die Bundesregierung ihrer historischen Verpflichtung nach. Sie stelle fest, dass die Aufarbeitung der NS-Schreckensherrschaft nach wie vor eine herausragende Aufgabe, der Holocaust in seiner Dimension ein einzigartiges Verbrechen in der Welt gewesen sei und deshalb eine automatische Vergleichbarkeit zwischen nationalsozialistischer Diktatur und SED-Diktatur nicht infrage komme. Die NS-Aufarbeitung werde nie abgeschlossen sein, sondern angesichts des Ausmaßes der Verbrechen bleibe es immerwährende Pflicht zu erinnern, der Opfer zu gedenken und die junge Generation mit diesem Teil der Geschichte vertraut zu machen. Deshalb würden auch die Mittel für die Aufarbeitung der NS-Zeit verstärkt und erstmals westdeutsche KZ-Gedenkstätten in die institutionelle Förderung aufgenommen. Im Bereich der KZ-Gedenkstätten gebe es darüber hinaus inzwischen einen hohen Sanierungsbedarf. Im Haushalt werde daher ein Stufenplan vorgesehen, um die Aufgabe in den nächsten Jahren bewältigen zu können. Klar sei auch, dass die Gedenkstätten pädagogisch in der Lage sein müssten, insbesondere Schulklassen zu betreuen und es daran nicht mangeln dürfe.

Bei der Aufarbeitung der SED-Diktatur setze die vorgelegte Konzeption einen neuen Schwerpunkt. In diesem Sektor der Aufarbeitung gebe es Nachholbedarf. Es sei schockierend, wie wenig Schüler über diesen Teil der deutschen Geschichte wüssten. Der Bund könne die Lücken nicht füllen, für die Schulen seien die Länder zuständig, aber der Bund leiste über die Förderung der Gedenkstätten als authentische Orte einen Beitrag zum Verständnis. Natürlich reiche ein Besuch in einer KZ-Gedenkstätte oder in der Mauer-Gedenkstätte nicht aus, um die Geschichte zu begreifen. Begleitung durch Unterricht sei nötig, hier seien die Kultusminister gefragt.

Der Bund verstärke sein Engagement deutlich. So würden die Standorte Marienborn, Marienfelde und das ehemalige KGB-Gefängnis in der Leistikowstraße in Potsdam ebenso wie die Stiftung Berliner Mauer in die laufende anteilige Bundesförderung aufgenommen. Natürlich wäre es wünschenswert gewesen, so der Staatsminister weiter, die Finanzierung weiterer Einrichtungen (z. B. Museum Runde Ecke in Leipzig oder Jugendwerkhof in Torgau) einzubeziehen. Leider sei aber nicht jeder Wunsch finanzierbar. Der Bund helfe auch an dieser Stelle, allerdings über Projektmittel.

Der Staatsminister geht außerdem auf die Zukunft der Stasi-Unterlagenbehörde (BStU) ein. Die Verdienste der Behörde und ihr Ansehen im Ausland seien unbestritten, umstritten sei jedoch, wie lange sie noch als eigenständige Behörde aufrechterhalten bleiben müsse. Vereinbart sei nunmehr, eine Entscheidung über die Zukunft der Behörde ohne Hektik zu treffen und zunächst in der nächsten Legislaturperiode eine Expertengruppe mit dieser Frage zu befassen, die der Deutsche Bundestag einsetzen werde. Erst auf der Basis der Arbeit dieser Gruppe werde festgelegt, wann die BStU in das Bundesarchiv integriert werden könne.

Die von den Fraktionen der CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erarbeitete Entschließung bilde eine gute Grundlage für seine Arbeit, so Staatsminister Neumann.

**Abg. Christoph Waitz (FDP)** bedankt sich einleitend für das Engagement des Staatsministers, der mit einer Reihe von Besuchen in Gedenkstätten während der Sommermonate die Aktiven vor Ort, Gedenkstellenleiter ebenso wie ehrenamtlich Tätige, in ihrem Einsatz ermutigt habe. Auch für die Aufnahme der Einrichtungen in Leipzig und Torgau in die Gedenkstättenkonzeption, verbunden mit der Zusage, zu prüfen, ob künftig eine institutionelle Förderung möglich wird, bedankt sich Abg. Waitz. Für die FDP-Fraktion sei wichtig, dass das Gedenkstättenkonzept nicht als abgeschlossen gelte, sondern permanent weiterentwickelt werden könne, so dass auch Stätten wie Point Alpha nicht für alle Zukunft ausgeschlossen seien. Erfreulich sei überdies, dass es vier Fraktionen gelungen sei, einen gemeinsamen Entschließungstext zu formulieren und dabei das Bekenntnis zur historischen Aufarbeitung der NS-Diktatur deutlich zum Ausdruck gekommen sei.

Vor dem Hintergrund der Diskussion über die eklatanten Wissenslücken, die Jugendliche im Hinblick auf geschichtliche Fakten aufwiesen, sei es richtig, die Gedenkstätten als Orte zur Vermittlung politischer Bildung anzuerkennen, die durch ihre Authentizität ein hohes Maß an Glaubwürdigkeit gewährleisten und über das Angebot, dort Zeitzeugen zu begegnen, Eindrücke ermöglichen, die weit über die theoretische Vermittlung von Wissen im Unterricht hinausreichen.

Obwohl zuvor kontrovers über die BStU diskutiert worden sei, sei ein guter Kompromiss gelungen. Zunächst hätten jetzt also Experten das Wort, die eine Empfehlung aussprechen sollten. In der Zwischenzeit gelte es, sich mit Hochdruck um die Aktenerschließung zu kümmern. Außerdem dürfe der Bildungsauftrag der Behörde nicht aus den Augen verloren werden, die von sich aus die Möglichkeit habe, an die Schulen heranzutreten, ein Privileg, über das keine andere Behörde verfüge.

Um einen bedeutenden Tag handelt es sich nach Auffassung des **Abg. Wolfgang Börnsen (Bönsrup, CDU/CSU)**, wenn der Ausschuss seine Arbeit an der Gedenkstättenkonzeption nach 14 Monaten intensiver Beratung abschließt. Dazu gehöre auch, dass es Parlamentarierinnen und Parlamentariern über die Grenzen von Koalition und Opposition hinweg gelungen sei, in einer Entschließung die Eckpunkte für die künftige Gestaltung der Gedenkstättenlandschaft für zwei Diktaturen aufzuzeigen. Der Deutsche Bundestag bekenne sich damit zu seiner Verantwortung, die Aufarbeitung zu verstärken, das Gedenken zu vertiefen und die Opfer nicht zu vergessen. Anerkennung gebühre den beiden Oppositionsfraktionen für ihre Kompromissbereitschaft. Eine derart breite Mehrheit für das Konzept sei nicht selbstverständlich.

Gemeinsames Ziel sei es, die Demokratie in Deutschland zu stärken sowie allen Altersgruppen fundierte Kenntnisse darüber zu vermitteln, was die NS-Terrorherrschaft angerichtet habe. Authentische Orte leisteten mit ihrer besonderen Ausstrahlung einen wesentlichen Beitrag zur Festigung der Demokratie und zur Wertschätzung parlamentarischer Entscheidungsprozesse.

Für die Abstimmung der Konzeption zwischen Regierung und Parlament sei eine enge kollegiale Zusammenarbeit kennzeichnend gewesen, so dass nunmehr ein gemeinsames Werk vorliege. Auch die Anregungen der Historiker, die im Rahmen der Ausschussanhörungen beraten hätten, seien in vielen Fällen aufgegriffen worden. Wenn jetzt trotzdem noch Kritik laut werde, könnten die Fraktionen damit

leben, denn das Grundanliegen könne nicht infrage gestellt werden: Man sei sich einig darin, die Aufarbeitung zu stärken und das Gedenken zu fördern.

Hilfreich sei es, dass die Umsetzung der Gedenkstättenkonzeption mit zusätzlichen 10 Mio. Euro 2008 und weiteren 2 Mio. Euro 2009 finanziell flankiert werde, so dass das finanzielle Volumen auf insgesamt 35 Mio. Euro jährlich wachse, obwohl die Gedenkstättenfinanzierung eigentlich eine Aufgabe der Länder wäre.

Damit schaffe der Bund nicht zuletzt Sicherheit für die Menschen, die in den Gedenkstätten arbeiteten. Er fördere deren Vernetzung untereinander und schaffe Bündnisse für eine gemeinsame Geschichtsaufarbeitung, gleichzeitig werde die Tür für mehr Forschung geöffnet. Die Beschäftigung mit den beiden Diktaturen könne auf diese Art Mahnung und Anregung sein, sich offensiv mit Demokratie und Parlamentarismus auseinanderzusetzen.

**Abg. Dr. h. c. Wolfgang Thierse (SPD)** bedankt sich ebenfalls für die gute Zusammenarbeit und die Bereitschaft der vier Fraktionen, einen gemeinsamen Entschließungstext zu erarbeiten. Dies beweiße - bei allen Differenzen im Detail -, dass es einen Grundkonsens für den Umgang mit der Geschichte und die Auseinandersetzung mit Nationalsozialismus und Kommunismus gebe. Das nunmehr zu verabschiedende Konzept sei eine Fortschreibung der Gedenkstättenkonzeption der rotgrünen Bundesregierung von 1999, wobei die Grundkoordinaten nicht verändert würden. Es bleibe klar, dass Erinnerung und Gedenken eine Aufgabe der Gesellschaft insgesamt seien. Mit dem Tod der Zeitzeugen für den Nationalsozialismus sei ein historischer Einschnitt verbunden. Jetzt müsse der Übergang vom individuellen Gedächtnis in das kulturelle Gedächtnis gelingen. Deshalb sei die politische Verantwortung für die authentischen Orte, für Institutionen und für Bildungs- und Vermittlungsprozesse so groß.

In der Vorlage werde der Unterschied zwischen beiden Diktaturen nicht verwischt. Es werde nichts gleichgesetzt, nichts nivelliert. Es sei richtig, dass die Erinnerung an den Nationalsozialismus gestärkt werde, indem der Bund die finanzielle Verantwortung für vier weitere NS-Gedenkstätten übernehme. Durch die Wiedervereinigung sei ein zweiter Schwerpunkt hinzugekommen, die Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur in Deutschland. Vier Punkte seien hier von besonderer Bedeutung:

1. die Stiftung Berliner Mauer,
2. die Zukunftssicherung der BStU, denn die Behörde habe Anspruch auf eine verlässliche Zeitperspektive;
3. der Erhalt von Haus 1 der Stasi-Zentrale in der Normannenstraße in Berlin als authentischer Ort
4. und schließlich die Einbeziehung von Alltag, Zustimmung genauso wie Widerstand und Opposition, in die Aufarbeitung der DDR-Geschichte, die nicht auf die Stasi reduziert werden dürfe. Der Schwerpunkt der Erinnerung an Widerstand und Opposition müsse dabei in Leipzig liegen.

**Abg. Dr. Lukrezia Jochimsen (DIE LINKE.)** betont zunächst, der Entschließungsantrag habe besonderes Gewicht, weil er von allen Parteien des Regierungs- und des Oppositionslagers vertreten werde, außer von der Linksfraktion. Angesichts dieser Bedeutung sei es besonders schade, dass der Text

inhaltlich solch hohen Erwartungen nicht gerecht werde. So werde gleich am Beginn in den grundlegenden Ausführungen die gesamtstaatliche Verantwortung auf das Gedenken an die Opfer der NS-Gewaltherrschaft und die Folgen des Zweiten Weltkrieges reduziert. Bund und Länder trügen jedoch gesamtstaatliche Verantwortung für die Aufarbeitung der gesamten NS-Diktatur sowie in diesem Zusammenhang auch für die Aufarbeitung der Nachkriegszeit. Außerdem werde die Verbindung zwischen der NS-Diktatur mit ihren mörderischen Kriegen und der deutschen Teilung nicht hergestellt. Statt sich zu den grundlegenden geschichtlichen Zusammenhängen zu bekennen, setzten die die Entschließung tragenden Fraktionen einfach zu einem Zeitsprung von 50 Jahren an, der die gesamte Nachkriegsgeschichte ausblende und plötzlich in das Jahr 1989 führe, wo es dann gelte „das Unrecht der kommunistischen Diktatur in Deutschland aufzuarbeiten.“ Damit werde Geschichte verzerrt.

Im weiteren Verlauf des Entschließungstextes würden ständig Parallelen zwischen „NS-Terrorherrschaft und kommunistischer Diktatur“ aufgebaut. Die Sprache sei verräterisch, liefere nichts als Worthülsen und solle verdecken, was wirklich gemeint sei. Dies sei im Katalog der Maßnahmen und Vorhaben deutlich zu erkennen, weil es nämlich doch um eine Verschiebung der Akzente in der bisherigen Erinnerungskultur in Richtung Dominanz der Aufarbeitung der DDR-Geschichte gehe. Von elf Maßnahmen seien neun der DDR-Geschichte und zwei den NS-Gedenkstätten gewidmet. Eklatant sei auch das Missverhältnis im Forderungskatalog, in dem sich von neun Positionen zweieinhalb auf die Geschichte des Nationalsozialismus bezögen, sechseinhalb Aufgaben dagegen Projekte zur Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit beträfen. Dieses Konzept sei unausgewogen und werde seiner Verantwortung den nachwachsenden Generationen gegenüber nicht gerecht, denen der Weg hin zur inneren Einheit des Landes aufgezeigt werden müsse.

Zurzeit sei die Ausstellung „Raub und Restitution“ im Jüdischen Museum in Berlin zu sehen. Abg. Dr. Jochimsen betont, es sei beschämend, dass dieses Thema vom Jüdischen Museum aufgegriffen werden musste, statt in einem der vielen anderen großen Museen thematisiert zu werden. Nach ihrer Auffassung würde sowohl die Einrichtung einer nationalen Forschungsstelle zum Thema Restitution als auch ein nationales Dokumentationszentrum zum Thema NS-Personal in der Nachkriegszeit gebraucht. Beides sei längst überfällig, doch zu alledem gebe es keinen Hinweis im Entschließungsantrag. Stattdessen erhalte die Birthler-Behörde ihr eigenes Museum in Form einer Dauerausstellung. Außerdem würden die Aufgaben der BStU „voll umfänglich“ bis in die Legislaturperiode 2013–2017 festgeschrieben. Wie diese Festschreibung mit einem offenen Auftrag an eine Expertengruppe zu vereinbaren sei, die über die Zukunft der Behörde beraten soll, erschließe sich ihr nicht, so Abg. Dr. Jochimsen weiter.

Insgesamt werde über das Gedenkstättenkonzept seit zehn Jahren diskutiert. Den ersten, 2007 vorgelegten Entwurf für die Fortschreibung hätten ihre Fraktion und viele Experten scharf kritisiert, vor allem wegen einer Gleichsetzung der Nazi-Diktatur mit dem SED-Regime. Zwar sei die nunmehr als Unterrichtung vorgelegte Konzeption begrifflich entschärft, doch spreche der hoch gelobte Entschließungsantrag der übrigen Fraktionen eine andere Sprache. Deshalb könne die Fraktion DIE LINKE nicht zustimmen, obwohl auch sie die Verpflichtung anerkenne, sowohl die NS-Herrschaft als auch die DDR-Herrschaft aufzuarbeiten.

**Abg. Katrin Göring-Eckardt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)** geht zunächst auf die Ausführungen ihrer Vorrednerin ein und weist einleitend den Vorwurf zurück, NS-Diktatur und DDR würden im Text der EntschlieÙung gleichgesetzt. Wäre eine derartige Gleichsetzung erfolgt, hätte ihre Fraktion den Antrag nicht mitgetragen, betont Abg. Göring-Eckardt. Im Diskussionsprozess sei klar herausgearbeitet worden, dass genau diese Gleichsetzung auf keinen Fall erfolgen dürfe. Auch der Kulturstaatsminister habe dies in seinen Ausführungen deutlich gemacht. Diejenigen, die sich auf der Basis der ursprünglichen Fassung der Fortschreibung für die Gedenkstättenkonzeption kritisch geäuÙert hätten, seien inzwischen umgestimmt. Dies gelte beispielsweise sowohl für Mitarbeiter von Gedenkstätten als auch für den Zentralrat der Juden in Deutschland. Und dieses Ergebnis müsse deutlich und öffentlich hervorgehoben werden. Es sei falsch, etwas anderes zu behaupten und einen Popanz aufzubauen.

Dass DIE LINKE. das Ende der Birthler-Behörde herbeiwünsche, sei nachvollziehbar. Die Behörde werde aber nicht nur gebraucht, weil sie erneut eine wachsende Zahl von Anträgen auf Akteneinsicht verzeichne und sich viele Menschen erst jetzt, mit einigem zeitlichen Abstand in der Lage fühlten, sich mit ihrer individuellen Vergangenheit auseinanderzusetzen, sondern auch, um zu informieren. Denn nicht nur Schülerinnen und Schüler wüssten wenig über die DDR und ihre Strukturen. Deshalb sei es wichtig, authentisch deutlich zu machen, wie Alltag in der Diktatur ausgesehen habe. Tatsächlich werde an dieser Stelle künftig sogar noch mehr getan werden müssen, als jetzt im Gedenkstättenkonzept verankert sei.

Zwei Punkte seien im Zusammenhang mit der fortgeschriebenen Konzeption besonders wichtig. Zum einen werde die Funktion der Gedenkstätten als Lernorte anerkannt. Auch wenn sie selbstverständlich die Defizite der Schulen nicht ausgleichen könnten, seien sie als Angebot an die Schulen wichtig. Jetzt gelte es, die Gedenkstätten in die Lage zu versetzen, diese Leistung auch zu erbringen. Außerdem werde hervorgehoben, dass die Zivilgesellschaft eine große Rolle bei der Aufarbeitung der Diktaturgeschichte spielt. Aktionen wie die „Stolpersteine“ oder der „Zug der Erinnerung“ seien für die Fraktionen wichtige Elemente der Erinnerung, weil Erinnerung von oben nicht funktioniere.

Natürlich sei der EntschlieÙungsantrag, wenn ihn vier Fraktionen zusammen erarbeiteten, letztlich für alle ein Kompromiss. Es sei für die Erinnerungskultur in Deutschland aber wichtiger, einen breit angelegten Konsens zu erreichen, als jede Fassade der eigenen Fraktionsposition durchzusetzen.

**Der Ausschuss empfiehlt in Kenntnis der Unterrichtung auf Drucksache 16/9875 eine EntschlieÙung der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der Fassung der Ausschussdrucksache 16(22)155neu mit den Stimmen dieser vier Fraktionen gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE.**

## Tagesordnungspunkt 2

Gesetzentwurf der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2009 (Haushaltsgesetz 2009)

BT-Drucksache 16/9900

Einzelplan 05 – Auswärtiges Amt

**Der Vorsitzende** macht einleitend deutlich, dass der Haushaltsentwurf des Auswärtigen Amts für den Bereich der Auslandskultur von den Kulturpolitikerinnen und –politikern aller Fraktionen als wenig kontrovers und mit viel Sympathie betrachtet werde. Dabei spiele der Aufwuchs um 7,5 Prozent eine Rolle und die Tatsache, dass der Reformprozess beim Goethe-Institut (GI) fortgesetzt werden könne.

**Staatssekretär Dr. Peter Ammon (Auswärtiges Amt)** bedankt sich für die Unterstützung durch das Parlament und erklärt, das veranschlagte Budget werde eine aktive auswärtige Kultur- und Bildungspolitik (AKBP) erlauben und entspreche damit dem Selbstverständnis Deutschlands als weltoffener Kulturnation, die nach außen für ihre Werte eintrete. Auf lange Sicht gehe es mit Hilfe des außenpolitischen Instruments der auswärtigen Kulturpolitik darum, Trennlinien in der Welt zu überwinden und somit einen Beitrag zur Friedenspolitik und zur Stabilisierung der internationalen Beziehungen zu leisten.

Nach der Wiedervereinigung seien die Mittel für die AKBP gesunken, doch inzwischen gebe es einen merklichen Aufwuchs, 2008 mit 15,7 Prozent und 2009 erneut um 7,5 Prozent, so dass 2009 insgesamt 707 Mio. Euro zur Verfügung stünden. Die Schwerpunkte der AKBP lägen in vier Bereichen:

I. So werde 2009 eine Außenwissenschaftsinitiative gestartet und mit insgesamt 33 Mio. Euro ausgestattet. Damit würden drei deutsche Wissenshäuser in Neu Delhi, Tokio und Moskau eingerichtet, würden Exzellenzzentren zur Kooperation von deutschen und ausländischen Hochschulen etabliert, könne der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD) zusätzliche Wissenschaftsreferenten finanzieren und werde ein Stipendienprogramm aufgelegt, um im Wettbewerb um die besten Köpfe konkurrieren zu können.

II. Die deutsch-arabische Kulturinitiative „Netzwerke des Vertrauens“ ziele auf eine bessere Zusammenarbeit mit der arabischen Welt. Geplant seien acht Konferenzen, die thematisch ein weites Spektrum abdeckten, das von Literatur und Wissenschaft bis zu Demokratie und Meinungsfreiheit reiche. Die Konferenzen sollten in praktische Projekte münden und Anschlusskonferenzen in den Folgejahren nach sich ziehen.

III. Den dritten Schwerpunkt bilde die zukunftssichere Aufstellung des GI. Dort werde der Prozess der Modernisierung fortgesetzt, würden Strukturen verändert und werde entbürokratisiert. 13 neue Stellen seien für Entsandte, 27 für zusätzliche Ortskräfte eingeplant. Aus dem Inland würden mehr als 15 Stellen ins Ausland verlagert. Der Trend, Goethe-Institute zu schließen, sei gebrochen, vielmehr würden neue eröffnet (Tansania und Angola) und werde das GI-Engagement in strategisch wichtigen Regionen Asiens, im Nahen und Mittleren Osten sowie in Subsaharaafrika verstärkt. Das GI solle sich

auf seine Kernaufgaben, das heißt die Vermittlung von Sprache, kulturelle Kooperationen und die Vermittlung eines aktuellen Deutschlandbildes, konzentrieren. Die weltweite Budgetierung werde helfen, das Management des GI effizienter zu machen.

IV. Schließlich sei der kulturelle Freiwilligendienst junger Leute bis 26 Jahre im Ausland zu erwähnen. Träger seien hier Nichtregierungsorganisationen, die Deutsche UNESCO übernehme die Koordination. Mit Hilfe von Zuschüssen des AA für junge Leute gebe es ganz neue Möglichkeiten, sinnvolle Beiträge im Ausland zu leisten.

**Abg. Prof. Monika Grütters (CDU/CSU)** erinnert zunächst an die Generalausprache zum Haushalt des Außenamtes im Deutschen Bundestag in der vergangenen Woche und die Bedeutung, die die Bundeskanzlerin dort in ihrem Redebeitrag der Kultur beigemessen habe. Für die auswärtige Kulturpolitik habe sich erfreulicherweise der Wind gedreht. Nachdem dieser Politikbereich in der Vergangenheit von Sparzwängen gekennzeichnet gewesen sei, stünden jetzt wieder mehr Mittel zur Verfügung. Wichtiger noch als die Zahlen seien die Inhalte, die sich mit dem Mittelaufwuchs verbänden. Hier seien die Reformen beim GI, die Auslandsschulen und der Ausblick auf das Außenwissenschaftsprogramm zu nennen. Wichtig sei, dass die Ressorts (Bildung und Auswärtiges) nicht getrennt agierten, sondern in der auswärtigen Kulturpolitik zusammenarbeiteten.

Bei aller Begeisterung dürfe allerdings nicht vergessen werden, dass es noch Verhandlungsbedarf in den Haushaltsberatungen gebe. So müsse die Sprachförderung in Osteuropa wieder verstärkt werden, um dort den traditionell hohen Stellenwert der deutschen Sprache nicht zu verspielen. Außerdem rate sie dazu, perspektivisch die inländischen Kulturmittler stärker mit den deutschen Institutionen im Ausland zu vernetzen, unter anderem durch einen gezielten und systematischen Austausch von Personal. Möglicherweise gebe es hier bürokratische oder arbeitsrechtliche Hürden, es lohne aber, darüber nachzudenken. Und schließlich müsse die Problematik der Ortskräfte angesprochen werden. Es stelle sich die Frage, wer das Deutschlandbild im Ausland vermittele, wenn wegen der Sparzwänge kaum noch Entsandte, sondern fast nur noch Ortskräfte für deutsche Mittler im Ausland arbeiteten. An dieser Stelle müsse nachgearbeitet werden, weil es dabei um eine grundsätzliche Frage gehe.

**Abg. Hans-Joachim Otto (FDP)** betont das hohe Maß an Anerkennung seiner Fraktion für den Haushaltsentwurf und stellt fest, in der Ära Steinmeier folgten guten Worten auch gute Taten. Die Mittel seien kulturell, aber auch ökonomisch sinnvoll eingesetzt. Deutschland brauche zum Beispiel einen stärkeren Austausch von Wissenschaftlern, die Förderung setze also richtig an. Bei den Goethe-Instituten habe die neue Politik einen deutlichen Stimmungsumschwung bewirkt. Die FDP-Fraktion unterstütze den begonnenen Reformprozess nachdrücklich.

Eine kluge Idee sei es außerdem, den Freiwilligendienst zu stärken. Obschon mit 4 Mio. Euro nominal nur mit geringen Mitteln ausgestattet, werde diese Maßnahme spürbar Wirkung entfalten, da in diesem Sektor engagierte junge Leute gefördert würden, die als Multiplikatoren fungieren könnten.

Abg. Otto schließt seinen Beitrag mit zwei Anmerkungen bzw. Fragen. Er erkundigt sich zum einen, warum die Mittel für den Baufonds um rund 6 Mio. Euro (etwa 20 Prozent) reduziert würden und äu-

ßert sich zum anderen skeptisch zur Bewertung der deutsch-arabischen Kulturinitiative. Bei aller Unterstützung für das Projekt erscheine es doch übertrieben, wenn der Staatssekretär an dieser Stelle von einem substantziellen Beitrag zur globalen Sicherheit spreche. Auf diese Weise würden Erwartungen geweckt, die nicht zu erfüllen seien.

Wohl wissend, dass die Zuständigkeit für die Deutsche Welle (DW) nicht im AA liegt, wirbt Abg. Otto für eine strategische Partnerschaft zwischen den Goethe-Instituten, anderen Mittlern und der DW. Deutschland brauche die DW als starken Mittler, der seine Kultur wirkungsvoll in die Welt trage. Angesichts steigender Kosten, reiche es nicht aus, den Etat der DW für die nächsten fünf Jahre festzuschreiben. Auch das AA solle der DW helfen.

**Abg. Monika Griefahn (SPD)** erklärt, die auswärtige Kulturpolitik mache wieder richtig Spaß, seit es wieder Chancen gebe, Ideen und Vorschläge tatsächlich zu realisieren. So sei die Anregung, Personal zwischen innen und außen zu tauschen, gar nicht neu. Jetzt gebe es aber womöglich endlich die Chance, diesen Austausch einmal auszuprobieren. Auch die Balance zwischen Entsandten und Ortskräften sei ein altes Thema, wobei Ortskräfte nicht per se Nichtdeutsche seien. Problematisch sei jedoch, dass die Ortskräfte von Fortbildungen in Deutschland ausgeschlossen seien oder mit den Jahren ihre Anbindung an Deutschland verlören. Hier müsse nachgebessert werden.

Noch nicht ganz zufrieden sei sie mit der ODA-Quote (ODA = Official Development Assistance, Summe aller Leistungen öffentlicher Entwicklungshilfe). Zwar sei eine Steigerung zu verzeichnen, weil Bildungs- und Sprachprojekte verstärkt würden, aber die Zusammenarbeit zwischen den Ressorts für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Auswärtiges bleibe nach wie vor unklar. Außerschulische Bildung, schulische Bildung und Universität gehörten in einem Dreiklang zusammen, Programme in allen drei Sektoren müssten aufeinander abgestimmt sein, wenn Menschen nachhaltig an Deutschland gebunden werden sollten. Und dies gelte über den Rahmen Afrikas hinaus. Hier gebe es immer noch Lücken. Ganz praktisch habe sie zum Beispiel erfahren, dass ein junger Mann, der seinen Zivildienst an einer Schule in Russland leiste, über das Dritte-Welt-Programm „Weltwärts“ nicht gefördert werden könne, aber auch sonst durch alle Raster falle.

Über die Absenkung der Mittel für den Baufonds sei sie ebenso wie ihr Kollege Otto gestolpert, deshalb bitte auch sie an dieser Stelle um Aufklärung. Dass die DW aus den „Netzwerken des Vertrauens“ Mittel erhalte, sei positiv zu bewerten, doch stelle sich die Frage, ob es im Hinblick auf die DW noch andere Kooperationsmöglichkeiten zwischen BKM und AA gebe, denkbar sei dies zum Beispiel mit Blick auf Lateinamerika, dessen traditionell gute Verbindungen zu Deutschland nicht verloren gehen sollten.

Wichtig sei für den gesamten Bereich der AKBP, darauf zu achten, dass die deutsche Sprache nicht ins Hintertreffen gerade, sondern offensiv vertreten werde. Dies gelte für Schulen und Goethe-Institute gleichermaßen. Es sei wenig sinnvoll, wenn zum Beispiel Prospekte nur in Englisch und der Landessprache ausgelegt würden, nicht aber in deutscher Fassung. Es sei nicht glaubwürdig, für Deutsch als Fremdsprache zu werben, wenn man es selbst nicht benutze und stattdessen mit Anglizismen arbeite und nur auf Englisch für Deutsch werbe.

Auch **Abg. Dr. Lukrezia Jochimsen (DIE LINKE.)** lobt den Haushaltsentwurf der Bundesregierung. Seit 2005 steige das Budget und sei die Kulturarbeit im Ausland verbessert worden.

Appelle, mehr Deutsch in der Außenkulturpolitik zu sprechen und zu schreiben, reichten nicht aus. Es fehle eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit den Chancen unserer Sprache in Zeiten der Globalisierung. Die DW gehe nicht nur wegen ihrer Finanznot dazu über, englischsprachige Programme zu senden. Es stelle sich die grundlegende Frage, ob es möglich ist, deutsche Kultur im Ausland darzustellen, wenn sie nicht an die deutsche Sprache gekoppelt ist. Solange im Inland ein „Infopoint“ normal sei, sei es schwierig die Goethe-Institute zu zwingen, von „Informationszentren“ zu sprechen. Die DW sei an dieser Stelle ein Leitmedium, mit den DW-Verantwortlichen sollte der Ausschuss diese Problematik einmal ausführlich diskutieren. Können Nachrichten über Deutschland in der arabischen Welt auf Englisch gesendet werden oder ist nur eine Sendung auf Deutsch akzeptabel? Es gehe nicht nur um Glaubwürdigkeit, sondern um die Identität.

Zum Schluss erkundigt sich Abg. Dr. Jochimsen nach den Mitteln für den Kunstaustausch, die nach ihren Informationen im Budgetentwurf deutlich zu niedrig ausfielen.

**Abg. Dr. Uschi Eid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)** konstatiert eine Trendwende in der Außenwissenschaftspolitik und bedankt sich ausdrücklich für deren Ausweitung. In der Vergangenheit sei dieses Feld leider vernachlässigt worden und die Förderung einer Wissenselite als Träger von Entwicklung zu oft unterblieben. Die neue Überschrift für die deutsch-arabische Kulturinitiative sei ebenfalls positiv zu bewerten, weil jetzt richtigerweise betont werde, dass „Netzwerke des Vertrauens“ geschaffen werden sollten. Eine Kooperation mit der DW sei an dieser Stelle richtig und wichtig, setze aber zunächst eine Antwort auf die Frage voraus, welchen politischen Vorgaben die DW folge. Aktuell biete der Fall einer Redakteurin für das chinesische DW-Programm Anlass zu vertieften Nachfragen. Auch im arabischen Programm brauche man Fingerspitzengefühl.

Abg. Dr. Eid wirbt darüber hinaus für die weitere Förderung von Städtepartnerschaften, weil sie ein gutes Mittel seien, die Menschen zusammenzubringen, und fordert, die jungen Leute, die das Freiwilligenprogramm nutzen, gut vorzubereiten, um falsche Vorstellungen und enttäuschte Erwartungen zu verhindern.

Einige Bemerkungen zum Umgang mit der deutschen Sprache teile sie, erklärt Abg. Dr. Eid. Aber sie warne davor, zu übertreiben. Selbstverständlich sollten die Programme der GI in deutschsprachigen Fassungen ausliegen. Aber auch ein Namibier, der kein Deutsch spreche, müsse Gelegenheit haben, sich via DW auf Englisch über Deutschland zu informieren. Sie schließt sich deshalb dem Vorschlag an, dieses Thema einmal ausführlich zu diskutieren.

**Abg. Steffen Reiche (SPD)** regt perspektivisch an, beim weiteren Ausbau der Goethe-Institute den Südkaukasus in die Überlegungen einzubeziehen. Während sich dort alles auf Georgien konzentriere, gerieten Aserbaidschan und Armenien aus dem Blickfeld. Dabei gebe es beispielsweise in Aserbaidschan ein wachsendes Interesse an Deutsch, das höchste wirtschaftliche Wachstum weltweit und weitere gute Gründe, sich stärker zu engagieren. Es sei deshalb folgerichtig, dort 2009 ein deutsches

Kulturjahr zu veranstalten. Dennoch fehle nach wie vor ein GI, mindestens aber eine GI-Außenstelle. Um die Ressourcen zu schonen, schlägt Abg. Reiche vor, ein Kooperationsprojekt zu starten und gemeinsam mit Frankreich möglichst in beiden Ländern ein Kulturinstitut einzurichten.

**Staatssekretär Dr. Peter Ammon (Auswärtiges Amt)** bestätigt, dass ODA-Mittel naturgemäß nicht verwandt werden könnten, um sich in Russland, anderen Ländern Osteuropas oder in der Kaukasus-Region zu engagieren. Das Problem sei aber erkannt und werde bereits bearbeitet. Dies gelte auch für die nötige Abstimmung mit dem BM für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Die nächste Zusammenkunft sei hier bereits für Mitte Oktober geplant.

Beim Baufonds sei zu beachten, dass der Mittelverbrauch bei Bauprojekten typischerweise eine Kurve nachbilde und in der Anfangs- und in der Schlussphase weniger Mittel bereitgestellt werden könnten, ohne das Projekt an sich zu gefährden. Dieser Kurvenverlauf führe dazu, dass im nächsten Jahr der Mittelverbrauch etwas geringer ausfalle.

Mit der deutsch-arabischen Initiative schlage das AA einen neuen Weg ein, nachdem sich in der Vergangenheit erwiesen habe, dass mit den herkömmlichen Mitteln der Außenpolitik die angestrebten Ziele nicht erreicht werden könnten. Die Bundesregierung setze dabei auf Kultur und Handel.

Zurzeit gebe es noch dreizehn Goethe-Institute, die nicht von Entsandten geleitet würden. Diese Situation solle geändert, die Zahl dieser Häuser weiter reduziert werden. Soweit die GI-Leitung von Ortskräften wahrgenommen werde, handele es sich allerdings üblicherweise um Deutsche. Den Hinweis, die Anbindung dieses Personenkreises an Deutschland müsse gepflegt werden, nehme er dankend auf.

Die Mittel für den Kunstaustausch würden von 28 Mio. Euro auf 29 Mio. Euro erhöht, die Information, an dieser Stelle werde der Rotstift angesetzt, sei also falsch. Auch Städtepartnerschaften würden weiter gefördert, die Mittel fänden sich lediglich an anderer Stelle im Etat.

**Abg. Wolfgang Börnsen (Bönstrup, CDU/CSU)** unterstreicht abschließend, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Goethe-Institute und der Auslandsschulen sowie allen anderen, die sich auf zivilgesellschaftlicher Ebene für Deutschland im Ausland engagierten, gelte der Dank des Ausschusses, der deren Leistung im Auslandseinsatz hoch zu schätzen wisse.

**Der Ausschuss begrüßt den oben genannten Gesetzentwurf, Einzelplan 05, und empfiehlt Zustimmung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP.**

### **Tagesordnungspunkt 3**

Antrag der Abgeordneten Hüseyin-Kenan Aydin, Monika Knoche, Dr. Diether Dehm, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.

Entwicklung braucht Bildung - Den deutschen Beitrag erhöhen

BT-Drucksache 16/8812

**Der Ausschuss empfiehlt Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.**

### **Tagesordnungspunkt 4a**

Unterrichtung durch die Bundesregierung

Tätigkeitsberichte 2006/2007 der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen gemäß § 121 Abs. 1 des Telekommunikationsgesetzes und § 47 Abs. 1 des Postgesetzes

und

Sondergutachten der Monopolkommission gemäß § 121 Abs. 2 des Telekommunikationsgesetzes und gemäß § 44 Abs. 1 des Postgesetzes i. V. m. § 81 Abs. 3 des Telekommunikationsgesetzes a. F.

BT-Drucksache 16/7700

**Der Ausschuss empfiehlt Kenntnisnahme.**

### **Tagesordnungspunkt 4b**

Unterrichtung durch die Bundesregierung

Tätigkeitsbericht 2005 bis 2007 der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen

und

Stellungnahme der Bundesregierung

BT-Drucksache 16/9000

**Der Ausschuss empfiehlt Kenntnisnahme.**

### **Tagesordnungspunkt 4c**

Unterrichtung durch die Bundesregierung

Tätigkeitsberichte 2006/2007 der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen gemäß § 121 Abs. 1 des Telekommunikationsgesetzes und § 47 Abs. 1 des Postgesetzes

und

Sondergutachten der Monopolkommission gemäß § 121 Abs. 2 des Telekommunikationsgesetzes und gemäß § 44 Abs. 1 des Postgesetzes i. V. m. § 81 Abs. 3 des Telekommunikationsgesetzes a. F.

-Drucksache 16/7700-

Stellungnahme der Bundesregierung

BT-Drucksache 16/10146

**Der Ausschuss empfiehlt Kenntnisnahme.**

### **Tagesordnungspunkt 5**

Entschließung des Europäischen Parlaments

Lage in Tibet

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 10. April 2008 zu Tibet

(EuB-EP 1690)

**Der Ausschuss empfiehlt Kenntnisnahme.**

### **Tagesordnungspunkt 6**

Antrag der Fraktion CDU/CSU, SPD, FPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

EU-Übersetzungsstrategie überarbeiten – Nationalen Parlamenten die umfassende Mitwirkung in EU-Angelegenheiten ermöglichen

BT-Drucksache 16/9596

**Der Ausschuss empfiehlt einstimmig Annahme des Antrags.**

### **Tagesordnungspunkt 7**

Zur Überweisung an den UA Neue Medien

#### **Tagesordnungspunkt 7a**

Antrag der Abgeordneten Grietje Bettin, Dr. Harald Terpe, Ekin Deligöz, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Medienabhängigkeit bekämpfen - Medienkompetenz stärken

BT-Drucksache 16/7836

#### **Tagesordnungspunkt 7b**

Bericht gem. § 56a GO-BT des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Technikfolgenabschätzung (TA)

Mediennutzung und eLearning in Schulen

Sachstandsbericht zum Monitoring "eLearning"

BT-Drucksache 16/9527

**Tagesordnungspunkt 7c**

Bericht gem. § 56a GO-BT des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Technikfolgenabschätzung (TA)

Zielgruppenorientiertes eLearning für Kinder und ältere Menschen

Sachstandsbericht zum Monitoring "eLearning"

BT-Drucksache 16/9528

**Der Ausschuss beschließt die Zuleitung der unter TOP 7 aufgeführten Vorlagen an den Unterausschuss Neue Medien.**

**Tagesordnungspunkt 8**

Verschiedenes

Keine Bemerkungen.

**Schluss der Sitzung: 17:45 Uhr**

Hans-Joachim Otto, MdB  
**Vorsitzender**